Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 12. November 1927
Sonnabend Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Sammelnummer Bergmann 5959 - 5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Wert • Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

66. Jahrgang
12.11.a Nr. 532 10 Seiten

Zum Tage

Auf der Frankfurter Chemietagung hielt Minister Dr. Curtius eine Rede.

★

Die preußische Regierung hat der dänischen Dubora-Schule eine staatliche Beihilfe von 40 Mark für jedes Kind jährlich bewilligt.

★

Oesterreich begeht heute seinen Staatsfeiertag.

★

Die Berliner Börse begann die neue Liquidationsperiode mit durchweg festeren Kursen, aber zunächst wegen des Wochenschlusses mit sehr geringen Umsätzen.

Endlich!

Landesverratsverfahren gegen Foerster und Mertens

ig. **Leipzig**, 12. 11. (Eigenbericht)

Entgegen einer Mitteilung, daß gegen den bekannten Pazifisten Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Förster, der sich in Genf aufhält, ein Hochverratsverfahren werden sei, erfahren wir vom Oberreichsanwalt Werner, daß ein einen Antrag auf Erlaß des Haftbefehls nicht gestellt habe. Auch vom Berliner Untersuchungsrichter Raske ist kein Haftbefehl ergangen.

Wie wir weiter erfahren, ist jedoch vom Oberreichsanwalt ein Antrag auf Eröffnung des Vorunterfuchungs wegen Landesverrats sowohl gegen Förster gestellt worden als auch gegen den Journalisten Mertens, der sich ebenfalls in der Schweiz aufhält, und zwar wegen Veröffentlichungen in der „Menschheit", die in Wiesbaden erschient, und deren Redakteur Rüger vor einigen Tagen verhaftet und nach Berlin übergeführt worden ist.

★

Es war höchste Zeit zum Einschreiten gegen Herrn Foerster. Seit Jahren hat dieser Mann, in jeder Nummer seiner „Menschheit", sich bemüht, durch Lügen und Denunziationen unser Reich und Reichswehr bei Mitbürgern der früheren Kriegsgegner gegen Deutschland wachzuhalten, ein Verhalten, das der Außenminister in Genf vor der ausländischen Presse richtig gekennzeichnet hat.

Mag sich Herr Foerster auch in den Schutz seiner ausländischen Protektoren flüchten — moralisch gerichtet ist er längst.

Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach

Im Bildungsausschuß des Reichstags ging die Debatte über die Gemeinschaftsschule weiter, und zwar bei § 5 und dort bei der Bestimmung, die für alle Klassen der Gemeinschaftsschule Religionsunterricht vorsieht. Einem kommunistischen Streichungsantrag trat der preußische Ministerialdirektor Kaestner entgegen, ebenso der Zentrumsabgeordnete Rheinlander. Ministerialdirektor Pellengahr vom Reichsministerium des Innern interpretierte die Worte „für alle Klassen" dahin, daß sie sich nicht auf die methodische Gestaltung des Religionsunterrichts beziehen, auch nicht darauf, daß etwa jede Klasse ihren Religionsunterricht gesondert erhalten muß. Richtiger sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß die Schule Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach für alle Klassen einschließlich Schulverständlich sei dabei die Beachtung des Art. 149 der Reichsverfassung.

Nach Annahme der strittigen Bestimmungen „für alle Klassen" wurde der ganze § 3 über die Gemeinschaftsschule in der Regierungsfassung angenommen. Der Ausschuß nahm noch die Beratung des § 4 in Angriff, der die Bekenntnisschule behandelt. Er vertagte sich dann auf nächsten Donnerstag.

(Siehe auch Seite 2.)

Botschafterporzellan — wiedergefunden

vt. **Riga**, 12. 11. (Eigenbericht)

Die hiesige Firma Gebr. Karlin war in Zahlungsschwierigkeiten geraten und vermochte ihren Verbindlichkeiten gegenüber der Bank von Estland nicht nachzukommen. Die Agenten der Bank stellten fest, daß die Firma seit dem Sommer im Zollhafen in einer der sowjetrussischen Warenniederlagen eine größere Warensendung liegen hat, worauf die Bank die Waren mit Beschlag belegen ließ. Als darauf die Art dieser Waren festgestellt werden sollte, ergab es sich, daß sich in den Kisten der Firma Karlin gebrauchte Kisten und Teile silber sowie sehr kunstvolle Porzellanservice befanden, wobei ein großer Teil der Gegenstände

mit dem Königlich britischen Wappen geziert

war. Der hiesige englische Geschäftsträger bestätigte hierauf den Inhalt der Kisten und konnte mühelos feststellen, daß ein großer Teil desselben aus dem Besitze der ehemaligen Botschaft in Petersburg stammte. Das Botschaftspalais war bekanntlich nach Abzug des Botschafters im Jahre 1918 vom Pöbel ausgeplündert worden, und als vor zwei Jahren die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen wurden und die Moskauer Regierung den Engländern das Botschaftsinventar zurückgab, fehlte es sich heraus, daß die Safes aufgebrochen waren und ein großer Teil der Wertgegenstände abhanden gekommen war.

Nun ist vieles von dem gestohlenen Gut in Riga wiedergefunden worden, darunter

Tafelgerät von sehr großem Wert,

wie u. a. ein großes silbernes Service, ein Teeservice der Petersburger Kaiserlichen Porzellanmanufaktur mit den Initialen Alexanders I., sowie auch Altmeisterwerke und Bronzegeschirr. Auf Bitte der englischen Gesandtschaft sind die Waren mit Beschlag belegt worden. Heinrich Karlin hatte die Schäge im Sommer, wie es heißt, bei einer Sowjetinspektion in Rußland gekauft, und sie waren hierher auf den Namen des „Sowtorgflot" der Sowjetdampfflotte gesandt worden. Unter den beschlagnahmten Gegenständen befinden sich auch Schätze aus dem Besitz des Fürsten Jussupow (des Rasputin-Mörders).

Minister Curtius auf der Chemietagung

Die Bedeutung der chemischen Industrie für die Verwaltungsreform

sp. **Frankfurt**, 12. 11. (Eigenbericht)

Bei der heutigen Hauptjubiläumsfeier im „Frankfurter Hof" begrüßte der 1. Vorsitzende Dr. Auffhäger die Festversammlung, insbesondere Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der zusammen mit den Leitern der handelspolitischen Abteilung und der Gewerblichen Abteilung erschienen war, ferner die Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Auswärtigen Amtes, der wirtschaftlichen Spitzenverbände und befreundeten Organisationen, die Vertreter der Wissenschaft, insbesondere Staatsminister Dr. Schmidt-Ott von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, die Vertreter der Parlamente und sonstige Ehrengäste. Er gab einen Rückblick auf die Gründungszeit des Jubiläumsvereins, der in den damaligen Krisenjahren aus der Erkenntnis entstanden sei, daß nur Einigkeit stark mache.

Dr. Curtius

überbrachte im Namen aller Reichs- und Landesbehörden den Dank für die Einladung ab und sprach dem Verein die besten Wünsche der Reichsregierung aus. Die harte Schule, in die dieser Verein seit seiner Gründungszeit gegangen sei, sei ihm zum Segen geworden. Wenn man das 19. Jahrhundert ein Zeitalter der Technik nannte, so könne man von dem 20. Jahrhundert als dem Zeitalter der Chemie sprechen. Die Revolutionierung der Rohstoffe, die es gebracht habe, sei von unabsehbarer Tragweite. Der Verein dürfe jedoch nicht auf seinen Vorbeeren ausruhen, sondern müsse zu neuen Kämpfen bereit sein, deren Feld diesmal

der Weltwirtschaft

sein werde. Er kämpfe Schulter an Schulter gegen Protektionismus und Zollmauern. Die Erfolge, die er auf diesem Wege durch gemeinschaftliches Wirken schon errungen habe, müssen weiter fortgeführt werden. Im wechselseitigen Prozeß von Geben und Nehmen, im Austausch von Gütern und Erfahrungen sei die deutsche chemische Industrie der gebende Teil.

Am heutigen Jubiläumstage sei es um so bedeutungsvoller, daran zu erinnern, daß das wertvolle Capital der deutschen chemischen Industrie den Amerikanern zu verdanken sei. 1876 seien deutsche Chemiker auf der Weltausstellung in Philadelphia gewesen und hätten sich von dem Erfolge der amerikanischen Organisation überzeugt und dort, nach ihrer Rückkehr nach Deutschland auch praktisch das Leben gerufen. Die Erinnerung sei heute um so bedeutsamer, als sich die deutsche chemische Industrie zur

Verfechtung mit Amerika

anschicke. Was die Mitarbeit der deutschen chemischen Industrie bei der Gesundung des Reichs anbelangt, so könne man mit Verhältnissen auf die vergangenen 50 Jahre zurückblicken, und er könne für die goldstolze Hilfe namens des Reiches seinen Dank aussprechen. Das Glück dieses Vereins und der deutschen chemischen Industrie in der Vergangenheit und Gegenwart sei es, daß er Männer in seinen Reihen habe, die nicht nur mit Weitblick und Tatkraft ausgerüstet seien, sondern auch mit jener Mischung von wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit und wirtschaftlicher Einsicht, die besonders für die chemische Industrie bezeichnend sei.

Manchmal sei die Industrie den Behörden und der Reichsregierung unbequem geworden. Die Erfahrung und die Kritik der Wirtschaft sei aber für die Behörden nicht nur nützlich, sondern notwendig. Wenn das Vaterland in den schweren Krisenjahren standhalten habe, so sei dies nicht zuletzt dem Netzwerk der Wirtschaft um das Ganze zu verdanken. Was not tut, ist daß wir praktisch an die Lösung gehen, sodaß sie unnutzerhalb in Angriff genommen werden kann.

Wir müssen an die Beseitigung des ungeheuren Reibungswiderstandes unserer Reichsmaschinerie und die Verbesserung einer klaren Vereinheitlichung betangehen. Ich glaube, daß wir der Unterstützung derjenigen Wirtschaftskreise sicher sein dürfen, die es verstehen, unter einer neutralen Oberleitung die wirtschaftlichen Kräfte im einzelnen zu entwickeln.

Staatsfeiertag in Oesterreich

Begrüßungsartikel für Marx und Stresemann

kbg. **Wien**, 12. 11. (Eigenbericht)

Das österreichische Regierungsorgan, die „Reichspost", und die „Neue Freie Presse" widmen am heutigen Staatsfeiertag dem bevorstehenden Besuch des Reichskanzlers Marx und des Reichsaußenministers Stresemann Leitartikel. Der Tenor dieser Artikel ist, die beiden Vertreter Deutschlands in Wien aufs herzlichste willkommen zu heißen.

Die „Reichspost" schreibt: „In Dr. Marx und Dr. Stresemann begrüßt Oesterreich

die führenden Staatsmänner des großen Bruderreiches,

mit dem es Schicksalsgemeinschaft und ähnliches Schicksal verbinden. Als Führer der Zentrum- bezw. der Deutschen Volkspartei sind die beiden Staatsmänner die Exponenten jener Parteien, die stets das eigentliche Rückgrat der wechselnden Regierungskoalitionen im Deutschen Reiche bildeten. Beide nahmen schon vor dem Kriege eine maßgebende Rolle innerhalb ihrer Parteien wie im politischen Leben Deutschlands ein, um dann in der Nachkriegszeit bald in leitende Stellen des Reiches aufzusteigen." Das Blatt gibt dann eine

Schilderung des Lebensganges

der beiden deutschen Staatsmänner und schließt seinen Artikel mit den folgenden Worten: Oesterreich, das heute den neunten Jahrestag der Gründung der Republik begeht, hat seinen Anteil an der günstigen Entwicklung für den Frieden in den letzten Jahren, und die österreichischen Staatsmänner sind die Gäste aus Berlin mit der herzlichsten Empfindung begrüßen, daß sie ihnen ein zwar noch immer um seine wirtschaftliche Zukunft ringendes, aber geordnetes und politisch konsolidiertes Staatswesen zu zeigen in der Lage sind."

Die „Neue Freie Presse" schreibt: „Der Tag der Republik findet uns

in froher Erwartung des Besuches

der deutschen Staatsmänner, des Reichskanzlers Marx und des Reichsministers Stresemann. Unnötig zu sagen, daß die österreichische Bevölkerung aufs wärmste diese erprobten Führer des deutschen Gemeinwesens begrüßt. Unnötig zu sagen, daß durch diesen Besuch die traditionelle tiefe Zusammengehörigkeit zwischen Oesterreich und dem Mutterlande verstärkt und gefördert wird."

★

Die „Neue Freie Presse" veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Korrespondenten mit Reichskanzler Dr. Marx, in der es u. a. heißt: Ich trete mit außerordentlich großer Freude einmal nach Wien zu kommen und die überaus angenehmen Erinnerungen auszufrischen die mir mein letzter Wiener Besuch hinterlassen hat. Der Herr Reichsaußenminister und ich legen den größten Wert darauf,

die herzlichen Beziehungen

zwischen den deutschen und österreichischen Staatsmännern fortzusetzen und lebendig zu erhalten. Unser Besuch ist eine Ermutigung des Besuches der österreichischen Bundeskanzler Ramek vor einiger Zeit in Berlin abgestattet hat. Große politische Aufeinanderfassungen sind nicht beabsichtigt und werden während unseres Wiener Besuches sicherlich nicht stattfinden. Der Herr Reichsaußenminister Dr. Stresemann trifft, wenn er zur Völkerbundstagung nach Genf fährt, dort regelmäßig drei- oder viermal im Jahre mit den Staatsmännern der Entente zusammen. Die Besprechungen mit ihnen gehören in Genf zu seinen wichtigsten Aufgaben, und für andere Besprechungen bleibt wenig Zeit übrig. Es ist daher ganz natürlich, daß der deutsche Reichskanzler und der deutsche Reichsaußenminister einmal eigens nach Wien reisen, um die

Verbindung mit der engbefreundeten österreichischen Regierung

aufrechtzuerhalten. Schon diese Gewöhnung mußte dazu führen, daß man an unserem Wiener Besuch nicht Aufsehenes findet. Wir müssen, weil die Arbeit hier drängt, bald wieder nach Berlin zurückkehren. Bestimmte Fragen haben wir mit der österreichischen Regierung nicht zu erörtern. Wahrscheinlich wird u. a. auch von dem Entwurf des neuen Strafrechts die Rede sein, das beiden Staaten gemeinsam sein soll. Die Verhandlungen hierüber zwischen den Vertretern der beiden Regierungen und den beiden gesetzgenden Parlamente schreiten gut vorwärts, und die deutsch-österreichische Rechtsangleichung wird auf dem Gebiete des Strafrechts wahrscheinlich bald vollkommen sein.

Wir wollen, wie gesagt, durch unsere Reise keine bestimmten politischen Zwecke erreichen, sondern kommen nach Wien als treue und aufrichtige Freunde des österreichischen Staates und Volkes.

★

a. **Paris**, 12. 11. (Eigenbericht)

Die beworstehende Wiener Reise des Reichskanzlers Marx und des Außenministers Stresemann gibt dem „Temps" wieder einmal Veranlassung, sich in seiner bekannten Art mit der

Politik Frankreichs

zu befassen. Das Blatt gibt zu, daß diese Angelegenheit in politischer Hinsicht augenblicklich keine praktische Bedeutung habe, setzt aber doch in der stetig anwachsenden Zusammenarbeit zwischen Berlin und Oesterreich auf allen Gebieten die Anzeichen für einen späteren Konflikt. Wenn auch die beiden deutschen Minister sich offiziell mit der Anschlußfrage nicht befassen würden, so sei doch kaum zweifelhaft, daß dieses Problem in den privaten Besprechungen zur Erörterung gelangen werde. An politischen Vorschlägen für eine Regelung der österreichischen Frage weiß der „Temps" auch diesmal nichts anderes anzuführen als den Rat, daß

die Politik der alliierten Mächte

dazu beitragen möge, Oesterreich auf wirtschaftlichem Gebiete zu stärken und damit seine nationale Selbständigkeit zu sichern.

Der Prozeß Manoilescu

Bukarest, 12. 11.

Nach Zurückweisung des Einwandes der sachlichen Unzuständigkeit des Gerichts entspann sich in der gestrigen Verhandlung des Prozesses Manoilescu eine längere Debatte über den nunmehr von den Verteidigern vorgebrachten

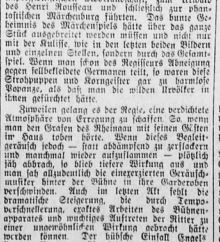
Einwand der örtlichen Unzuständigkeit.

Die Verteidiger behaupteten, daß für Manoilescu aus Hüllsperzion das Gericht des Erzpriesterstandes zuständig sei. Schließlich wurde, nachdem auch General Averescu im Sinne des Verteidiger gesprochen hatte, der Einwand vom Gericht mit vier gegen eine Stimme zurückgewiesen.

Das Kriegsgericht ist dann am Nachmittag zu einer zweiten Sitzung zusammengetreten, in der Manoilescu längere Erklärungen abgab. U. a. betonte er, daß der frühere Kronprinz Carol nur als Regent zurückgekehrt bedauerlicherweise. Manoilescu verlas in diesem Zusammenhang

eine Erklärung Carols,

um zu beweisen, daß dieser keinerlei Änderung der Thronfolge plane. Der Angeklagte, der heute seine Erklärungen abschließen wird, vertrat ferner die Auffassung, daß seine eigene Aktion durchaus im Rahmen der Gesetze geblieben sei.



Finnlands neuer Gesandter in Berlin

An Stelle des Gesandten Holme wurde der bisherige finnische Verkehrsminister Wolisoff zum Gesandten in Berlin und zum Sitz in Wien ernannt.

Der Hügel des Frühlings

Getäuschte zionistische Hoffnungen

Von unserem Sonderberichterstatter

Tel Aviv, im Oktober

Der Hafen von Jaffa hat von seiner berüchtigten Minderwertigkeit noch nichts eingebüßt. Noch immer findet die Ausbootung unter schwierigen Umständen bei starker Brandung statt, und die Mandatsmacht hat noch keinerlei Schritte unternommen, um diesen unguinstigen Verhältnissen durch den Ausbau des Hafens ein Ende zu machen. Obwohl der Hafen von Jaffa zu der Hauptstadt Palästinas weit günstiger liegt als das dreimal weitere Haifa, so hat doch aus verschiedenen Gründen, unter denen wohl auch diejenigen der Marinepolitik eine Rolle spielen, dem Hafen von Haifa das größere Interesse zugewandt und wird zunächst an seinem Ausbau schreiben, während die Verbesserung der an stürmischen Wintertagen gänzlich unbrauchbaren Rede von Jaffa noch auf unabsehbare Zeit verschoben ist.

Das allein würde schon genügen, die Anstrengung der zionistischen Juden, in der Nähe Jaffas eine große jüdische Stadt buchstäblich aus dem Wüstensand erstehen zu lassen, als eine falsche Spekulation erscheinen zu lassen. Aber menschlichen Berechnungen nach wird sich der Schicksalsschlag in den nächsten Jahrzehnten immer mehr nach Haifa konzentrieren. Gerade das Hinterland von Haifa, die fruchtbare Ebene Jezreel und die Gegend um den See Genezaret, sind nicht zum mindesten durch die besonders wertvollen, dort begründeten jüdischen Kolonien, in raschem wirtschaftlichen Aufstieg begriffen und für den Hafen von Haifa sicher von wachsender Bedeutung. So war es zum mindesten vorellig, wenn man sich entschloß, den kleinen jüdischen Vorstadtvort von Jaffa, den man hoffnungsvoll Tel Aviv, den Hügel des Frühlings, nannte, zu einer jüdischen Stadt mit großzügiger Anlage auszubauen. Gewiß ist es imposant, wenn man die Bilder aus dem Jahre 1909 sieht, in denen dieses Gelände nichts war als unfruchtbares Dünenland und heute eine Stadt erblickt mit schmucken, modernen Bauten, großen Gemeindehäusern, Alleen mit hohen Bäumen, anmutigen Gärten. Aber wenn man sich von diesem äußeren Glanz nicht blenden läßt, so sieht man hinter dieser bestrickenden Fassade das Elend, die Entäuschung, die Verbitterung betrogener Hoffnungen. Nirgends kann man die Krisis der zionistischen Bewegung augenfälliger erkennen als in dieser allzu hastig aus dem Boden geschossenen Stadt; man soll nicht versuchen, die Klagen enttäuschter Menschen zu bernehmen, die nur einen kleinen Kapital und großer Zuversicht aus Polen hierher kamen und heute nichts haben als ihre Schulden und ihre Klagen über die Zionistische Exekutive. Man soll nicht versäumen, in die prächtigen Gebäude der Schulen einzutreten, in denen für die wenigen Schüler viel zu viel Lehrer vorhanden sind, die sich bald beschweren, daß ihnen ihr Gehalt nicht gezahlt wird. Man muß die Enttäuschung der zahlreichen Hoteliers, der Händler und der Handwerker hören, um zu erkennen, daß nicht jüdischen Fehler hier gemacht wurden — und erst, wenn man diese große Kluft der zionistischen Politik ganz in sich aufgenommen hat, wird man gefeit sein, ihren politischen Leistungen ohne Voreingenommenheit gegenüberzutreten, aber auch in Anerkennung ihrer moralischen Willensimpulse, die über alle Fehler und Fehlschläge hinaus wirken werden.

Es war eine der Grundkonzeptionen der zionistischen Bewegung, daß die Juden, wenn sie wieder eine Heimat haben wollten, ein Volk von Bauern werden sollten, und daß die landwirtschaftliche Siedlung die erste und unerläßliche Grundlage für eine jüdische Gemeinschaft sein müsse. Erst auf einer gesunden bäuerlichen Grundlage, so erkannte man in der Theorie ganz richtig, ist für die anderen Berufsarten — insbesondere für die Hauptbeschäftigungen des Juden in der Diaspora: den Handel und die freien

Zuschüsse an dänische Privatschulen

Preußen bewilligt eine Jahresbeihilfe für jedes Kind

y. **Kopenhagen**, 12. 11. (Eigenbericht)

Die Erwägungen der preußischen Regierung in der Frage der staatlichen Zuschüsse an die dänischen Privatschulen in der Grenze haben jetzt zu einem Abschluß geführt. Die preußische Regierung hat der dänischen Dubora-Realschule eine staatliche Beihilfe von etwa 40 Mark für jedes Kind jährlich, vorläufig für drei Jahre, bewilligt. Der „Dänische Schulverein" in Flensburg hatte im Mai 1926 das preußische Staatsministerium um eine Beihilfe für die

dänische Dubora-Schule

ersucht, die im Einklang stehen sollte mit dem Zuschuß, den die deutschen Privatschulen in Nordschleswig vom dänischen Staat erhalten (etwa 50 Kronen jährlich für jedes Kind). Die Angelegenheit war von dänischer Seite zum Anfang an ohne Berücksichtigung der grundverschiedenen Verhältnisse nördlich und südlich der Grenze behandelt worden. In Dänemark spielen die Privatschulen eine viel wichtigere Rolle als in Deutschland, und die deutschen Privatschulen im dänischen Grenzgebiet sind genau so gestellt wie die dänischen Privatschulen. Ebenso wurden bisher

die dänischen Privatschulen

südlich der Grenze genau so behandelt wie alle Privatschulen in Deutschland. Trotz der bestehenden Bedenken gegen eine solche Ausnahmebehandlung der dänischen Schulen hat sich die preußische Regierung aber dazu entschlossen, den obengenannten Betrag festzusetzen.

Die dänische Zeitung in Flensburg „Flensborg Avis" schreibt zu diesem Schritt, der den Wünschen der deutschen Nordschleswiger entspricht: „Der Schritt wird

dänischerseits warme Anerkennung

finden. Man ist hier auf dem richtigen Wege, man hat ein Hindernis zu beseitigen gesucht." Auch die Kopenhagener „Berlingske Tidende" spricht von einem „ganz berechtigten Vorschritt".

Der Prinz von Wales im Gedränge

Verkehrsstockung nach einem Fackelzug

sx. **London**, 12. 11. (Eigenbericht)

Zum Abschluß des Waffenstillstandstages fand am gestern abend um 10 Uhr ein Fackelzug von der Albert-Hall nach der Whitehall statt, an dem etwa 30 000 Fackelträger teilnahmen. An der Spitze des Zuges marschierte der Prinz von Wales, der in der Albert-Hall eine Ansprache an die Kriegsteilnehmer gehalten hatte. In Whitehall hatte sich eine so große Menschenmenge angesammelt, daß die Polizei nicht imstande war, den Fortgang des Zuges die Menschenmenge zu kontrollieren.

Der ganze Zug geriet ins Stocken.

Zahlreiche Menschen wurden niedergetreten, ohne daß Ambulanzwagen anwesend waren, an die Unglücksstelle heranzukommen. Den Prinzen von Wales gelang es mit Hilfe einiger Polizisten, sich in das Polizeigebäude von Scotland Yard zu retten. Die Menschenmenge, die sich in großer Erregung befand und sich aus dem Gedränge retten wollte, versuchte ebenfalls, sich in den großen Hof des Polizeigebäudes zurückzuziehen. Die Polizei hatte inzwischen jedoch die eisernen Gitter geschlossen. Der Prinz, der sich unerhalb des Gitters befand, entdeckte plötzlich, daß sich

in der Menschenmenge Churchill

befand und erreichte, daß die Polizei die Tore wieder öffnete. Churchill konnte mit einer großen Menge sich gleichzeitig mit ihm durch die Tore zwängender Menschen aus dem Gedränge befreien. Erst nach mehreren Stunden hatte sich der Andrang wieder so verlaufen, daß die Whitehall passierbar war und der Prinz mit Churchill nach Hause zurückfahren konnte.

Eigener Nachrichtendienst
und „London Times News Service"

„Weh' dem der lügt!"

Staatliches Schiller-Theater

Die Uraufführung dieses Lustspiels 1838 im Wiener Burgtheater war für den Dichter Grillparzer eine Schicksalsstunde. Das Stück fiel durch. Der Dichter, der noch 34 Jahre leben sollte, zog sich ganz von der Oeffentlichkeit zurück. Drei seiner Trauerdramen sollen man erst in seinem Nachlaß finden.

Das Stück war in einem glücklichen Zeitraum entstanden. Grillparzer hatte soeben eine kurze

Leopold v. Ledebur und Arthur Kraußneck

Reise nach London und Paris hinter sich und kehrte leichter und freier in die drückenden, unerträglichen Wiener Verhältnisse zurück. Sein Lustspiel verrät noch heute die gute Stunde. Anmut und Leichtigkeit herrscht und beschwört den Geist Shakespeares (wenn uns auch Grillparzer heute in dem Maße fernrückt, daß jede Ähnlichkeit mehr und mehr aus Furcht wächst). Schon der Titel klingt an den Shakespeare-Titel „Was ihr wollt" an. Das Lustspiel auch nicht die unerhörte Vitalität des Engländers besitzt, noch seine sonverene Heiterkeit, noch seine naturhafte grotesque Wildheit (am Schicksalsfaden der Frauengestalten), wenn es auch Spuren vornehmster Sentiments aufweist, so ist es doch so schwebend, hingehuscht, so knapp und sparsam, so sprachkräftig, so ausgezeichnet übertragen, so glücksfall geboren aus der Feinheit des deutschen Bolksschauspiels Wien, daß es zu den wenigen guten Lustspielen gehört, die wir in deutscher Sprache besitzen.

★

Der Merowinger Geschichte entstammt die Handlung von dem Küchenjungen Leon, der aussieht, den Neffen Atalus seines gelehrten Bischofs aus dem Gefängnisschloß der wilden Rheinländer zu befreien. Er hat gegen unendliche Verwicklungen dem Willen des Bischofs, wie die Jungen, und bringt schließlich den Neffen zurück, zugleich mit einer Braut, die er sich unter den Barbaren gewann.

Die Aufführung des Staatstheaters war geschickt und flüssig. Der Erfolg wurde durch Herr Hansens Küchenjungen Pittagon, die Agnes Erich Engels lieh bei allen guten Einzelleistungen und die energische Hand bewiesen. Nur bei einem Sentimentalen, unerschütterlichen Stilgefühl kann die ganze heitere Grazie dieser Verzauberungen zum Ausdruck kommen. Lichtbaren Niederschlag fand dieser Zauberstab in Pirchans Bühnenbildern, die wohl realistischen Zauz, zur Verzauberung des Moorlandschaft, zum Urwald einer Lichtung, zum Palast und schließlich zur phantastischen Märchenburg führten. Das bunte Geheimnis des Märchenspiels hätte über das ganze Stück ausgebreitet werden müssen und nicht nur mit der Kulisse, wie in den letzten beiden Bildern und einzelnen Szenen, sondern durch das Gesamtspiel. Wenn man schon das Regisseurs Abneigung gegen vollbeleuchtete Germanen teilt, so waren diese Strohzopfen und Kornähren zu harmlose Papanze, als daß man die wilden Urwölfer in ihnen gefürchtet hätte.

Bemerken gelang es der Regie, eine verdichtete Atmosphäre von Erregung zu schaffen. So wenn man den Grafen des Rheinaus mit einem Glas im Haus toben hörte. Wenn dieses Begleitgeräusch jedoch — statt abdämpfend zu zerstocken und manchmal wieder aufzuflammen — plötzlich sich abbrach, so blieb dieser Wirkung aus und man sah allzudeutlich die einzerzerten Geräuschmisser hinter der Bühne in ihre Garderoben verschwinden. Auch im letzten Akt fehlt die dramatische Steigerung, die durch Temposbeschleunigung, exakteres Arbeiten des Bühnenapparates und wuchtigeres Auftreten der Ritter zu einer unvermöglichen Wirkung gebracht hätte werden können. Der hübsche Einfall Engels lingende Nonnen vorüberziehen zu lassen, während sich das liebende Paar hinter dem vorgehaltenen Schild einer aus den Angeln gehobenen Tür umarmt, konnte das nicht ersetzen. So blieb der Schluß flau.

★

Mit Freude sah man, wie Beit Harlan aus dem Küchenjungen Leon einen gelunden, frischen, provokanten jungen Kerl machte. Daß man bei aller Dämpfung manchmal spürte, daß die Wiege dieses Leon in Pankow oder am Wedding gestanden hat, kam dem Stück und der Darstellung nur zugute! Dieser Bursche war eine echte runde Gestalt, kein Bühnenerzeugnis, sondern ein Junge aus dem Volke: naturnah, wirklichkeitsnah und mit einem warmen, stets bereiten Herzen.

Arthur Kraußnecks Bischof Gregor ergriff durch die innere Gewalt seiner Persönlichkeit, die auch die leisesten Töne durchschlug. Das war ein menschlicher und weiser Priester, der wissen um die Franie aller Dinge, wie ihn sich Grillparzer gedacht haben mag.

Beit Harlan und René Stobrawa

Aus dem Reisen Atalus machte Aribert Wäscher eine amüsante tänzerische Shakespeareiade, deren temmelblonde, dünkelhafte Seibstgefälligkeit Heiterkeitsausbrüche des Publikums hervorrief. Dab Obrita, die Tochter des Grafen, nicht ganz befriedigte, lag nicht allein an René Stobrawa, sondern an einer gewissen unnaiven Konstruiertheit, die die Schwäche der Grillparzerschen Frauengestalt ausmacht. Darüber hinaus hätte man hier versuchen müssen ein elementares, explosives, wildtaubenhaftes Wesen zu schaffen, dessen Ausbrechen über eine gewisse frische Heiterkeit oder sinnige Verliebtheit hinauswächst. Leopold v. Ledebur stellte in der Maske

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Die Politik der Deutschnationalen

Eine programmatische Rede Hergts

Mainz, 11. 11.

In einer Wahlversammlung führte Reichsjustizminister Hergt heute obenda aus, es sei charakteristisch, daß bei den Beratungen der Dawesplan im Auslande wie im Inlande gerade an das Verbalten der Deutschnationalen einen offenbar entscheidenden Punkt angeknüpft wurde. Dieser Umstand bedinge bei all seiner Schwerwiegendheit auch eine große Verantwortlichkeit für die Deutschnationale Partei. Gegenüber den gefährlichen Auswirkungen der Zwietracht ihrer Haltung sei es notwendig, daß sie bis zu den letzten deutschnationalen Versammlungen und lokalblättern eine rückhaltlos klare Linie zeige.

Tatsächlich könne niemand den deutschnationalen Irgendwie Illoyalität in außenpolitischer Hinsicht nachweisen.

Wenn ihre innenpolitische Einstellung zur Frage der Staatsform zur Diskreditierung ihrer außenpolitischen Haltung herangezogen werde, so bewerte dies nur, daß in letzterer Beziehung jedliche Argumente überhaupt nicht gemacht werden können; im übrigen sei jeder innenpolitische Hinweis schon deshalb unbegründet, weil die Deutschnationalen die gegenwärtige Zeit nur zur praktischen Arbeit, nicht aber zur Lösung schwerwiegender, staatspolitischer Fragen geeignet hielten.

Außenpolitik

Bezüglich der Richtsatzt ihrer Einstellung zur Außenpolitik erwähnte die Deutschnationalen nun immer wieder feststellen, daß ihre pessimistische Auffassung über die entscheidenden Verhandlungen der letzten Jahre durch die unglückliche Entwicklung der Dinge in evidenter Weise bestätigt wurde. Dies gelte von dem Locarnowerk, wobei die gegen Deutschland über die ausgeübten neuen Zurückwirkungen und namentlich über die auch heute keineswegs erledigte Besatzungsfrage sei in Deutschland allgemein, was insbesondere

eine deutsche Einheitsfront der außenpolitischen Meinung

herbeigeführt habe. Dies gelte auch von dem sogenannten Osllocarno, bezüglich dessen auf den Genfer Tagung die Größe der Gefahr durch den Beitritt Polens vor aller Welt klar geworden sei, was auch hier zu einer neuen Phalanx deutschen Abwehr geführt habe. Ähnlich seien auch die Erfahrungen mit der deutschen Kriegs- und Gewaltschuldfrage. Hier hätten die Deutschnationalen zur Beleitung der Selbstbesinnung und Selbstverurteilung des Artikels 231 des Versailler Friedensdiktats nichts anderes verlangt, als daß noch vor Eintritt in den Verfassung unter Ausnutzung der damals günstigen Lage eine unzählbarende deutsche Neuerungsaktion stattfinde. Diese sei leider damals infolge des mangelnden Verständnisses für die Bedeutung der Sache in der Entwicklung stecken geblieben und in der Hauptsache trifft von den Gegnern zu bekämpfen gewesen; daraufhin habe in der Tannenbergrede der Reichspräsident von dem Gedanken Gebrauch gemacht, daß die Gegnerin gebeichtet, und dies in einer formell so unanfechtbaren und inhaltlich so maßvollen Weise getan, daß die Alliierten, wenn sie den Frieden auf diesem Gebiet wollten, sich sehr wohl hätten damit abfinden können.

Der Dawesplan

Endlich sei auch der Dawes-Plan hier heranzuziehen, auf den die Deutschnationale Volkspartei sich vielfach nur mit den allerschwersten Bedenken eingelassen habe, und bei dem jetzt das Memorandum des Reparationsagenten

die außerordentliche Gefahr der Finanzkontrolle

blitzartig enthüllt habe. Die Deutschnationalen seien nun aus allen diesen Vorgängen nicht etwa die Konsequenz, daß sie die abgeschlossenen Verträge aufrunfen, die Verpflichtungen ignorieren oder zur Sabotiere dürften. Sie wollten auch nicht einen neuen, das Volk zerfleischenden Generalkampf über die grundsätzlichen Fragen welcher auffollen. Als Mitglieder der Koalitionsregierung dächten sie natürlich auch nicht daran, in die außenpolitische Opposition zu gehen. Wohl aber seien sie entschlossen, im Rahmen der bestehenden Verträge die deutschen Interessen auf das entschiedenste zu wahren und auf den in Bezug kommenden Gebieten die Revision ebenso entschieden vorzubereiten. Für das Locarnowerk bedeute das folgendes:

Auch die Deutschnationalen wünschten durchaus, daß wir mit Frankreich und Belgien den Frieden teile; indessen seien die eingegangenen Verpflichtungen gegenseitiger Natur, und weitere deutsche Parteiforderungen — etwa im Zusammenhang mit dem französischen Wunsch nach weiteren Sicherheiten — könnten nicht in Betracht kommen.

Beim Dawes-Plan sei die nächste Aufgabe, den Kredit Deutschlands, der unter der hoffnungslosen Situation seit dem Memorandum zu leiden gedroht habe, neu zu festigen, um jede Krise zu vermeiden und die noch unentbehrlichen

Auslandskredite für produktive Zwecke

weiter zu ermöglichen. Dieser Aufgabe diene die Aufklärungsaktion der Regierung, die fortgesetzt werde, und die Herstellung dauernder engster Beziehungen zum Reparationsagenten.

Die Warnungen, die der Reparationsagent ausgesprochen habe, seien wohl von ihm selbst nicht so ernst gemeint gewesen, daß sie nun durch die ganze Welt als schwere Kriegszeichen hinausposaunt werden sollten und zu heftigen Vorwürfen, wie sie im „Temps" und der „Times" erhoben worden seien, Anlaß hätten geben können. Sei doch der Parter Gelbert gerade vom Standpunkt der Reparationsgläubiger wie der amerikanischen Gläubiger aus daran interessiert, daß Deutschlands Kredit nicht erschüttert werde, und man dürfe wohl von der Einsicht und der Objektivität Gilberts erwarten, daß er selbst zur Beruhigung im Auslande die Erforderliche beitragen werde. Andererseits habe die Reichsregierung das größte Interesse daran, unter Ablehnung jeden unerechten Zwanges Politiges zu tun, um für dauernde finanzielle und wirtschaftliche Ordnung zu sorgen, wozu die jetzen bekanntgegebenen Maßnahmen, wie die absolute Beschränkung der Auslandsanleihen auf produktive Zwecke, die Einrichtung der reparationspolitischen Ausschusses, das Bestreben einer durchgreifenden Verwaltungsreform und die Abbrödelung des außerordentlichen Reichsetats beweisen ihren guten Willen.

Das man einmal mit den Gläubigern übereinkommen sei auch der allerschwerste Punkt, der nach der tatsächlichen Entwicklung bis in die neueste Zeit noch nicht zu nehmen.

Innenpolitik

Zum weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der Redner auch auf die innerpolitische Lage zu sprechen. Der Gedanke der Verwaltungsreformfechtung, wie er in dem Memorandum des Reichspräsidenten erwähnt worden sei, sei nicht neu. Die Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern müsse wohl ausführlich gewerkt, dürfe aber nicht über Knie gebrochen werden. Der Redner bezweifelt, ob bei einer Zentralisierung dieselben kulturellen und wirtschaftlichen Erfolge erzielt würden wie unter den jetzigen Verhältnissen. Die jetzige Regierungskoalition habe auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet schon manches erreicht, aber vieles bleibe noch zu tun übrig. Der Besiedlung der Ostmarken werde die Regierung die größte Aufmerksamkeit zu. Bei Erwähnung des Reichsschulgesetzentwurfs erklärte der Redner, daß die Koalition mit dieser Vorlage sehr aber sehr gute. Der Bang der Verhandlungen gehe zu Optimismus Anlaß. Es werde und müsse zu einem Kompromiß kommen. Das Aufwertungsproblem könne nicht mehr wesentlich geändert werden, da durch die Rüchzahlungen bereits herausgenommen würden, die Zerrissenheit im Volk noch größer würde. Erst wenn alle Teile Deutschlands von dem Gedanken erfüllt seien, daß nur durch nationaler Auffassung an die Festigung eines Nationalstaates gedacht werden könne, dem Zwiespalt, der gegenwärtig durch unser Volk gehe, lasse sich auch die Flaggenfrage vorerst noch nicht lösen.

Der religiös-sittliche Charakter der Gemeinschaftsschule

Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde die Debatte um den Charakter der Gemeinschaftsschule fortgesetzt. Der Zentrumsabgeordnete Schulz vertrat die Auffassung, man habe in Weimar nicht die christliche Gemeinschaftsschule wollen, sondern die Simultanschule mit angehängtem Religionsunterricht. Der Volksparteiler Dr. Runkel trat für eine gegenteilige Ansicht. Man habe nur die christliche Schule wollen können, weil es gar keine andere Simultanschule gab.

Reichsinnenminister Dr. v. Keudell

erklärte, die Gemeinschaftsschule sei sich nicht nur durch die Tatsache, daß in ihr Religionsunterricht erteilt werde, von der weltlichen Schule unterschieden. Es sei ein angehängter Religionsunterricht wäre durchaus unpädagogisch. Andererseits bezeichnete es der Minister als unerwünscht, daß bei der Gemeinschaftsschule eine einen noch stärker betonten christlichen Charakter programmatisch zu geben.

Ministerialdirektor Pellengahr vom Reichsinnenministerium erinnerte daran, daß 1925 Anträge angenommen worden sei, der religiös-sittlichen Grundlage der Gemeinschaftsschule verpflichte habe. Damals habe die Regierung keine verfassungsrechtlichen Bedenken geltend gemacht.

Die Abgeordneten Hertz (Soz.) Kommnitzer, der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei wurden abgelehnt.

Der Volksparteiler Dr. Runkel erklärte, seine Partei werde nunmehr für die Regierungsfassung der Entwurfs stimmen, sich aber ihre spätere Stellungnahme vorbehalten.

Die beiden ersten Absätze des § 3 wurden demgemäß in der Fassung des Entwurfs angenommen.

Revisel, 12. 11.

Der Senior der deutschen Hansestädten Estlands, Stadtarchivar und Ratsherr der „Geleyten Estnischen Gesellschaft" Alexander Ahlbrecht, ist in Torpat im 76. Lebensjahre nach langem schweren Leiden verschieden.

Der Nildamm

Die tiefbraune Wochenendtitelblatt — Alarmsignale der Machtverschiebung — Kairo sucht in London Schutz

Von unserem Berichterstatter

sx. London, 10. November

Was sich hier über das Wochenende abgespielt hat, geht weit über die Nilfrage hinaus. Im Foreign Office, das von Sonnabends 12 Uhr ab die Zonäne von Scheuerfrauen und ein paar Chefsteredamen zu sein pflegt, herrschte Hochbetrieb. Die Referenten der ägyptischen Abteilung, die Sekretäre Chamberlains, die beiden Unterstaatssekretäre und Chamberlain selbst blieben im Amt. Für den Sonntagvormittag wurde eine dringende Sitzung des ägyptischen Ausschusses des Kabinetts einberufen. Dieser Ministerrat, der sich noch nachmittags Rücksprache Chamberlains mit Sarrat Pascha am Montagmorgen in aller Frühe wieder versammelte, trat die wichtige Entscheidung einer bedeutenden Konzession an Ägypten, für die Chamberlain die Verantwortung allein nicht zu übernehmen gewillt war. Die Entscheidung erfolgte, in Kabinett in Chequers weilte, auf einen Bericht Lord Balfours hin, der eine für Montag festgesetzte Reise im letzten Augenblick verschob. Balfour, der Vater der Reichsverbrüderungsidee mit Frankreich bei der sich entbahnenden engeren Aufnahme Ägyptens in den Empireverband, Welcher Art die englische Konzession ist, ist noch unbekannt, es liegt aber auf der Hand, daß sie mit der Verteidigung des Suezkanals zusammenhängt. Balfour hatte, wahrend Chamberlain mit Sarrat Pascha verhandelte, einer Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses präsidiert. Das Ergebnis dieser Sitzung bildete den Gegenstand des Ministerrats vom Montag, an dem außer Chamberlain und Balfour der Kriegsminister Bridgeman, der Kriegssekretär Worthington-Evans, Lord Birkenhead als Sekretär für Indien und zwei weitere zufällig erreichbare Kabinettsmitglieder teilnahmen.

Für diese ganze Aufregung soll nun, wie der englischen und ausländischen Presse immer wieder versichert wurde, eigentlich gar kein Grund vorgelegen haben. Der Bau eines Nildammes durch Amerika käme gar nicht in Frage. England hätte den Vertrag mit Amerika 11. Juli 1924 ratifiziert, und die Abgeordnete Mitglied des Völkerbundes und als solches zur Einhaltung seiner Verträge verpflichtet. Es wurde ein Optimismus zur Schau getragen, der wenig an der sieberhaften Weekend-Aktivität paßte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es der englischen Diplomatie gelingt, diesen Optimismus zu rechtfertigen und das amerikanische Projekt aus der Welt zu schaffen. Trotz der für England juristisch günstigen Lage hat man es aber doch für nötig gehalten, die Differenzen mit Ägypten zu bereinigen.

Es sieht so aus, als ob den Engländern erst bei dieser Gelegenheit blitzartig das Verständnis für die amerikanische Politik aufgegangen ist. Hektik, und nicht in den aktuellen Fragen, die zur Debatte standen, liegt die Bedeutung dieses politischen Weekend. Man hat bisher in England die amerikanische Politik nicht ernst genommen. Man glaubte, daß ein Krieg mit Amerika ein Ding der Unmöglichkeit ist, gehört seit dem Zusammenbruch der Genfer Marinekonferenz zu dem Evangelium aller After-Dinner-Sprechen. Die Zeitungen machen sich über „Big-Bill", Thompson, den Bürgermeister von Chicago, und seinen Kreuzzug gegen die prohibitionistische Schulbücher lustig, ohne daß bisher jemand den Mut gefunden hat, diese Dinge ernst zu nehmen. Es gehört ein gutes Quantum von Selbstverleugnung dazu, die Machtverschiebung anzuerkennen. Man hat sich damit abgefunden, daß Wallstreet Lombardstreet abgelöst hat. Man weigert sich aber immer noch, die Konkurrenz zwischen dem Weißen Haus und der Downing Street zu glauben.

Es wird Chamberlain vom Lloyd George vorgeworfen, auf dem hohen Olymp seiner Geheimpolitik den Sinn für die Tatsachen verloren zu haben. Aber selbst ein in Vorsichtig gewordener Staatsmann wie Lord Grey hat noch nicht begriffen, worum es sich handelt. Lord Grey hat als Vorsitzender der Liberalen Rates Richtlinien für die englische Friedenspolitik entworfen und empfohlen, daß England die Schiedsgerichtsfrage unterzeichnet. Lord Grey empfiehlt nur einen einzigen Vorbehalt, nämlich die Anwendung des Seerechts in Kriegszeiten. Man kann sich nicht losmachen von der Vorkriegsvorstellung, daß England imstande wäre, seine Auffassung von Seerecht zu diktieren. Der Nildammzwischenfall hat die Augen wieder geöffnet. Es ist jetzt kein Protest mehr möglich, daß Amerika entsetzen ist. Seine Vorherrschaft anzerkennen. Es wiederholt sich die deutsch-englische Kontroverse mit einem sehr wichtigen Unterschied. Es ist eher das Stadium der „Nilsko-Flotte" hinaus, das Deutschland nicht erreichen konnte. Die Politik der Chamberlainschen Mittelmeerreisen mutet an wie eine Geschichte aus dem Jahre 1905.

Was hier am meisten verschuldet hat, ist die Rolle, die Coolidge und Kellogg bei den obenerwähnten Weekendtagen gespielt haben. Beide haben von den Verhandlungen gewußt und sie gebilligt. Es ist viel verlangt, anzunehmen, daß sie von der Existenz des englischen Vertragsrechts „zufälligerweise" keine Kenntnis gehabt hätten. Diese Kenntnis hat England inzwischen auf diplomatischem Wege wieder aufgefrischt. Es England die Warnung dieses Vorfalls rechtzeitig beigebracht wird, ist die Frage, von der das Schicksal auch der europäischen Abrüstung abhängt. Ob Lord Balfour auch hier Nüsse finden wird?

Mit den Methoden Chamberlains werden sich diese Fragen kaum lösen lassen. Die amerikanische Presse macht aus Chamberlain einen Alleinschuldigen und die öffentliche Meinung gegen seine dunklen Pläne mobil. Chamberlain hat sich das zum guten Ziel selbst zuzuschreiben, da die anzugebenen Informationen so dürftig sind, daß der amerikanische Zeitungsleser damit nicht zufriedenzustellen ist.

★

Das amerikanische Projekt ist in erster Linie alles andere als Nilverfrüge aufzustellen. Die englische Regierung kann natürlich, solange sie nicht den Sudan aufgibt, nicht daran denken, einem amerikanischen Kapitalisten zu gestatten, daß für die Sudanbewässerung notige Wasser hinzuweisen zu verkaufen. Die ägyptischen Interessen decken sich bisher nicht mit den englischen Interessen. Die Ägypten befürchtet, daß die Sudanbewässerung die Bewässerung Ägyptens benachteiligt. Ein amerikanischer Kapitalist, der Interesse hat, sowohl eine mögliche Gefahr einzuschränken und zu verkaufen, ist für Ägypten eine größere Gefahr als ein englischer Regierungskonzessionär, der an Bedingungen eines englisch-ägyptischen Vertrages gebunden ist. Das amerikanische Projekt hat die in Washington wahrscheinlich nicht erwartete Folge gehabt, daß sich die Ägypter sofort gegen amerikanische Projekte suchen und eine Garantie Verpflichtung, den Sudan nur unter Berücksichtigung der Interessen Ägyptens zu bewässern, für Zeit des neuen Bindungsvertrages werden. Das Sudan Plantations Syndicate Ltd. hat bisher nur 450 000 Acres unter Bauwwollkultur, weitere 3 Millionen Acres können ausgebaut werden. Ein Kompromiß mit Ägypten ist für England hare Münze und eine Konzession in militärischen Dingen wert.

Und auf's Brot
die frische Reji
Denn diese bayerische Kernmargarine aus den V/M/W Nürnbergs vereinigt zum ersten Mal höchste Nährkraft und höchsten Wohlgeschmack:
Vitamine und Alpenmilch.
Kauft Reji den Butter in Gemeinschaft „Jeder darf nur Reji essen in der Gleichheit, denn Reji ist gut für alle Leute und Reji ist gut für alle Leute und Reji ist gut für alle Leute und

Die ohnmächtige Verkehrspolizei

Von

Oberregierungsrat a. D. Dr. Haaselau

Der Straßenverkehr wird heute beherrscht vom Autoverkehr. Die Verkehrspolizei gibt sich die redliche Mühe, ihn zu bändigen, jedoch leider ohne entscheidenden Erfolg. Die Zahl der beim Autos hervorgerufenen Unfälle wächst täglich, und der Straßenpassant ist seines Lebens nicht mehr sicher. Es dürfte an der Zeit sein, daß die Polizeibehörde neue Maßnahmen zum Schutze des Publikums in Erwägung zieht.

Besonders gefährdet erscheinen die Fußgänger der Straßenbahn beim Aus- und Einsteigen. In früheren Jahren, als ich Chef der Verkehrspolizei beim hiesigen Polizei-Präsidium war, bestand die Bestimmung, daß Autos vor der Straßenbahnhaltestelle halten mußten, wenn Fußgänger aus- und einsteigen. Diese Bestimmung ist inzwischen außerhalb und durch die Polizei einfach, daß in diesem Falle die Autos die Haltestelle „langsam" passieren müssen. Diese Bestimmung scheint mir wenig zweckmäßig zu sein, da sie an unbestimmt ist und von den Chauffeuren dauernd übertreten wird. Es ist auch häufig zu beobachten, daß der der Haltestelle nächste Kraftwagen vor ihnen stehenden Straßenbahnwagen nicht vorbeifahren können, da eine Reihe von Autos den Straßenbahnen dauernd in Anspruch nimmt, bis die Straßenbahn abfährt. Die frühere Bestimmung scheint mir zweckmäßiger zu sein, zumal sie noch den weiteren Vorteil hat, daß die mit Gleisen belegten verkehrsreichsten Straßen von manchem Autos aus diesem Grunde gemieden werden.

Häufig werden neuerdings Unfälle durch das Ueberholen der Autos verhütet. In verkehrsreichen Straßen ist das Ueberholen überhaupt schon bedenklich, da der Wagen nicht hinreichend sicher der Spur des Führers liegt. Wenn man es aber nicht verbieten will, so sollte es wenigstens im Falle eines stark stehenden Straßenbahnwagens und bei Wiederholung die Entziehung des Führerscheins in Frage kommen.

Eine besondere Art von Unfällen hat sich in der letzten Zeit bemerkbar gemacht dadurch, daß Autos auf den Bürgersteig gerieten und die dort befindlichen Passanten, die sich in völliger Sicherheit wähnten, auf das äußerste gefährdeten. Zur Vermeidung dieser Gefährdung der Fußgänger möchte ich bieten den Rat geben, in verkehrsreichen Straßen den linken Bürgersteig zu benutzen. Bisherig man auf den rechten Bürgersteig von einem daraufzufahrenden Auto unvermutet von hinten erfolgt werden kann, kommt auf dem linken Bürgersteig das auf den Bahn abweichende Auto einem entgegen, und man wird dadurch häufig in der Lage sein, sich in Sicherheit zu bringen.

Schließlich möchte ich noch der Hoffnung Ausdruck geben, daß bei den Kraftwagenfirmen noch größer Lieferung der neuen Wagen die jetzige mangelnde Ueberführung aufhört oder aber von der Polizei energischer als jetzt bekämpft wird.

Gefängnis für einen Chauffeur

Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich der städtische Chauffeur Ohnesorge vor dem Berliner Schöffengericht zu verantworten. Er hatte am 22. Juli mit dem von ihm geführten Geschäftsauto in der Schloßstraße in Charlottenburg den Fußgänger Hermann Wolf überfahren und getötet.

Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte in schwer fahrlässiger Weise vorgegangen war. Nach Ansicht eines Gutachters war der Schlußstraße zu den Straßenbahnschienen entlangzufahren. Aus der Wolfstraße kam ein Traktor, der über die Schlußstraße hinüberfahren wollte. Der Angeklagte wollte noch schnell vorbei und wendete nach links. Nach der Zeugenaussage des Traktor-Führers bereits sich in den Schienen, als der Angeklagte mit seinem Auto noch hindurchfuhr. Dadurch bestand er die Uebersicht. Der erschrockene Mann war hinter dem Traktor gerade im Begriff, die Schlußstraße zu betreten, als er von dem Kraftwagen des Autos gefaßt und vor den Wagen geschleudert wurde.

Bemerkenswert war die Feststellung des Gerichts, daß an der fraglichen Stelle sich immer noch Jungen fast fünf schwere Autounfälle mit Todesfolge ereignet haben. Trotzdem der Angeklagte nicht Verschulden traf, meinte, kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß er unverantwortlich fahrlässig gehandelt habe. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Marine-Gedenkfeier

Anläßlich des Wiederkehrtages des Untergangs der Kriegskreuzer „Königsberg" findet am Sonntag, 13. November, eine Gedenkfeier für alle im Krieg am Feinde auf See gebliebenen Marineangehörigen statt. Die Feier beginnt um 3 Uhr nachmittags mit einem Gottesdienst in der ev. Kirche des Invalidenhauses, Scharnhorststraße, bei dem Domprediger D. Dieckter sprechen wird. Bei der anschließenden Gedenkfeier und Kranzniederlegung an dem einzigen Marine-Zentral-Denkmal, dem „Kraujone"-Säule im Invalidenpark, wird Admiral v. Raeder sprechen. Die Durchführung liegt in Händen des Vereins ehemaliger Marinen der Kaiserlichen und der Reichsmarine, Berlin (E. V.).

Der „Fall Wagner"

Stadtbaurat und Dauerbauausstellung

Aus Stadtverordnetenkreisen wird zu der Angelegenheit Stadtbaurat Dr. Wagner „Dauerbauausstellung" folgendes geschrieben:

„Die Dauerbauausstellung sollte niemals, wie es Stadtbaurat Wagner darzustellen versucht, eine Industrieausstellung sein; sie sollte vielmehr aus Bauhaus und -wissenschaft, Garten-, Friedhofs- und Raumkunst bestehen. Demgegenüber hatte sich auch der Verein „Bauausstellung" wiederholt, insbesondere gelegentlich seines am 27. Juli d. Js. veranstalteten Preisausschreibens bereiterklärt, zur Durchführung der Dauerbauausstellung auch alle interessierten Architekten- und Ingenieurverbände, den Werkbund sowie auch die maßgebenden Arbeitnehmerverbände der Bauwirtschaft an der Ausstellung zu beteiligen. Diese Aufgabe wurde dem Stadtbaurat unter Unterstützung des kommunistischen Vorgangs bekannt; denn sie stehen in der vom Magistrat gegebenen Fassung der Satzungen Boeg und Stadtrat Brühl geschieden gegebenen Stadtverordnetenvorlage Nr. 737 vom 21. Oktober 1926. Stadtbaurat Wagner hat auch ausdrücklich im Ausschuß bestätigt, daß der Verein bereit sei, alle wirtschaftlichen Berufsorganisationen der Bauwelt als Mitglieder in den Verein aufzunehmen und bei der Durchführung der Ausstellung zu beteiligen.

Trotzdem hat der Stadtbaurat in der Stadtverordnetenversammlung den kommunistischen Antrag unterstützt, obwohl dieser unzweifelhaft der Magistratsvorlage inhaltlich widerspricht, als er Baukunst und Bauwissenschaft, Gartenbau, Friedhofs- und Raumkunst nicht in das Fachgebiet der Dauerbauausstellung fallen lassen will. Dr. Wagner hat also klar und deutlich gegen die Magistratsvorlage Stellung genommen."

Kaltes Sonntagswetter

Das Wetter am morgigen Sonntag wird im Zeichen des augenblicklich herrschenden Nordostwindes stehen. Nach Ansicht der Wetterprognose wird es voraussichtlich noch um einige Grad kälter als heute werden. Die Bewölkung wird anhalten. Dagegen sind erhebliche Niederschläge kaum zu erwarten. Die weiße Premiere ist dem Winter bis auf weiteres verschoben worden. Im Riesengebirge ist bereits die Möglichkeit für Ausübung des Wintersports gegeben. Heute morgen hatte es in Schneekoppe eine Kälte von neun Grad. Gleichzeitig setzte ein ziemlich starker Schneefall ein.

Das Opfer eines „Hochvogels"

Für einen frauenlosen Gesellen einen reichlich und leistum waren Lieferungen, mit denen gestern ein Geschäftsmann im Berliner Westen versehen wurde. Der Mann in einem Laden fand, erschien ein Geselle einer benachbarten Fleischerei und lieferte ihm, natürlich gegen entsprechende Zahlung, verschiedene Lebensmittel, darunter Kalbsfleisch von 15 Pfund. Der Bote, der die Ware wieder mitnehmen mußte, hatte noch die Zeitfrage in der Hand, daß er einen Hochstapler bemerkte. Kurzerhand ein Lehrling mit einer großen Zeitung kam. Auch hier war durch Fernsprecher bestellt worden. Dem Lehrling erging es ebenso wie dem Schlächtergesellen. Nun wurden dem der Bote Wurst, bis dieser der Handelnen einer Dragonerhaubin mit einer — Stiftlerkrippe. Jetzt packte den Jungen gelehrt die Wut, und er verfolgte Hochvogel immer noch nicht auf; so kam u. a. noch eine Badewanne und ganz zum Schluß erschien ein Polizeiauto mit einem großen Korb Gemüse. Dann, nachdem der Bolle-Junge mit dem vollen Kübel flüchtig seinem Wagen wieder aufgeführt war, eilte der Besitzer nach, um zu gewinnen, ob er mit ihrer Hilfe festzustellen, wer ihm den Streich gespielt hatte. Bisher gelang es jedoch nicht, den Urheber des „Scherzes" zu ermitteln.

Das Pferdegespann in der Speiseeiskiste

In der Zeit von 1 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens Pferdekutscher in die Fensterscheibe einer Speiseeisfabrik. Dabei erlitt der Kutscher Wilhelm Hagenhagen aus der Dammerstraße 19 durch die umherfliegenden Glassplitter erhebliche Schnittwunden im Gesicht und an den Händen. Es ist noch ungewiß, ob der höchsten Rettungsstelle gebracht werden mußte.

Jubiläum. Der Juwelier und Goldschmiedemeister J. Graff, O. W. Kaiserstraße 16, feiert am Sonntag, den 13. November, sein jährliches Geschäftsjubiläum.

Streikbeschluß der Berliner Metallformer

Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß

In großer Abendstunde des gestrigen Dreitage-Streiks das Ergebnis der in der Berliner Eisengießereien vorgenommenen Urabstimmung über den Streik festgestellt. Von 3171 Formern beteiligten sich an der Abstimmung 3031. Da von diesen 2658 für Streik und nur 373 für Arbeit gestimmt haben, ist die nach den Statuten des Deutschen Metallarbeiterverbandes für einen Streik erforderliche Dreiviertelmehrheit überschritten worden.

In der noch am Abend abgehaltenen Funktionärkonferenz, in der dieses Abstimmungsergebnis bekanntgegeben wurde, wurde allgemein der unmittelbare Eintritt in den Streik am kommenden Montag früh verlangt, doch mußten die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Funktionäre darauf aufmerksam machen, daß nach den Statuten vor jedem Streik zunächst der Schlichtungsausschuß hatte sich auch der Verein „Bauausstellung" wiederholt, insbesondere gelegentlich seines am 27. Juli d. Js. veranstalteten Preisausschreibens bereiterklärt, zur Durchführung der Dauerbauausstellung auch alle interessierten Architekten- und Ingenieurverbände, den Werkbund sowie auch die maßgebenden Arbeitnehmerverbände der Bauwirtschaft an der Ausstellung zu beteiligen. Diese Aufgabe wurde dem Stadtbaurat unter Unterstützung des kommunistischen Vorgangs bekannt; denn sie stehen in der vom Magistrat gegebenen Fassung der Satzungen Boeg und Stadtrat Brühl geschieden gegebenen Stadtverordnetenvorlage Nr. 737 vom 21. Oktober 1926. Stadtbaurat Wagner hat auch ausdrücklich im Ausschuß bestätigt, daß der Verein bereit sei, alle wirtschaftlichen Berufsorganisationen der Bauwelt als Mitglieder in den Verein aufzunehmen und bei der Durchführung der Ausstellung zu beteiligen.

Trotzdem hat der Stadtbaurat in der Stadtverordnetenversammlung den kommunistischen Antrag unterstützt, obwohl dieser unzweifelhaft der Magistratsvorlage inhaltlich widerspricht, als er Baukunst und Bauwissenschaft, Gartenbau, Friedhofs- und Raumkunst nicht in das Fachgebiet der Dauerbauausstellung fallen lassen will. Dr. Wagner hat also klar und deutlich gegen die Magistratsvorlage Stellung genommen."

Kaltes Sonntagswetter

Das Wetter am morgigen Sonntag wird im Zeichen des augenblicklich herrschenden Nordostwindes stehen. Nach Ansicht der Wetterprognose wird es voraussichtlich noch um einige Grad kälter als heute werden. Die Bewölkung wird anhalten. Dagegen sind erhebliche Niederschläge kaum zu erwarten. Die weiße Premiere ist dem Winter bis auf weiteres verschoben worden. Im Riesengebirge ist bereits die Möglichkeit für Ausübung des Wintersports gegeben. Heute morgen hatte es in Schneekoppe eine Kälte von neun Grad. Gleichzeitig setzte ein ziemlich starker Schneefall ein.

Das Opfer eines „Hochvogels"

Für einen frauenlosen Gesellen einen reichlich und leistum waren Lieferungen, mit denen gestern ein Geschäftsmann im Berliner Westen versehen wurde. Der Mann in einem Laden fand, erschien ein Geselle einer benachbarten Fleischerei und lieferte ihm, natürlich gegen entsprechende Zahlung, verschiedene Lebensmittel, darunter Kalbsfleisch von 15 Pfund. Der Bote, der die Ware wieder mitnehmen mußte, hatte noch die Zeitfrage in der Hand, daß er einen Hochstapler bemerkte. Kurzerhand ein Lehrling mit einer großen Zeitung kam. Auch hier war durch Fernsprecher bestellt worden. Dem Lehrling erging es ebenso wie dem Schlächtergesellen. Nun wurden dem der Bote Wurst, bis dieser der Handelnen einer Dragonerhaubin mit einer — Stiftlerkrippe. Jetzt packte den Jungen gelehrt die Wut, und er verfolgte Hochvogel immer noch nicht auf; so kam u. a. noch eine Badewanne und ganz zum Schluß erschien ein Polizeiauto mit einem großen Korb Gemüse. Dann, nachdem der Bolle-Junge mit dem vollen Kübel flüchtig seinem Wagen wieder aufgeführt war, eilte der Besitzer nach, um zu gewinnen, ob er mit ihrer Hilfe feststellen, wer ihm den Streich gespielt hatte. Bisher gelang es jedoch nicht, den Urheber des „Scherzes" zu ermitteln.

Das Pferdegespann in der Speiseeiskiste

In der Zeit von 1 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens Pferdekutscher in die Fensterscheibe einer Speiseeisfabrik. Dabei erlitt der Kutscher Wilhelm Hagenhagen aus der Dammerstraße 19 durch die umherfliegenden Glassplitter erhebliche Schnittwunden im Gesicht und an den Händen. Es ist noch ungewiß, ob der höchsten Rettungsstelle gebracht werden mußte.

Jubiläum. Der Juwelier und Goldschmiedemeister J. Graff, O. W. Kaiserstraße 16, feiert am Sonntag, den 13. November, sein jährliches Geschäftsjubiläum.

Wie wird das Wetter?

Für Berlin und Umgegend

Meist wolkig, unverändert kühl, am Tage, zeitweise neblig, Temperaturen nahe bei Null, nachts leichter Frost, vorherrschende Winde.

Für das Reich

Ueberall ziemlich kalt, verbreitete leichte Niederschläge, im Südosten des Reichs Schneefälle wahrscheinlich.

Barometer	Thermometer
8 Uhr morgens: 757,7	8 Uhr morgens: + 3 Grad.
13 Uhr mittags: 759,0	13 Uhr mittags: + 3 Grad.

Rundfunk der nächsten Woche

Zu Gerhart Hauptmanns 65. Geburtstag will die Berliner Funkstunde sich Ehrungen widmen. Heute Abend Schlesien anschließen, indem sie die hiesigen Dichter mit dem Breslauer Sender verbindet. Dort wird „Role Bernd" zu hören sein (15. November). Am Bei der Literatur zu bleiben: es gibt am Nachmittag des gleichen Tages, anschließend an die Stunde mit Büchern, ein Zeitgespräch aus Dichtungen der Romanen von Wilhelm Raabe; Montag liest Werbrich Raabe eigene Novellen; Dienstag Albert Daudlet; Freitag Ernst Zahn (Verzeichnis des „Verbandes deutscher Dichter" im Funkarchiv).

In der kommenden Woche ist kein Tag ohne wertvolle Musik. Als wichtigstes Ereignis hat man wohl die Sendung von „Lied der heiligen Elisabeth" am Dienstag zu sprechen, die im Grossen Schauspielhaus am Bühnenausgeführt wird. Es wird eine „Symphonie der Tausend" werden, denn wie große Chöre wirken außer dem verstärkten Funkorchester mit. Wirkungsvoll ist das Werk; man hat es bereits hinden wir Della Reinhardt und Cornelia Bronsch. Zur Nacht gibt es dann noch ein erstes Konzert von Paul Simon-Berlin (Kunstharmonium), Cäcilie Meyer-Leitermann (Alt) und Willy Fick (Violine) bestreiten. Das Symphonie-Konzert dieser Woche (Donnerstag) leitet Georg Göll das Programm enthält neben einer Hando-Symphonie als Novität ein Konzert für Fagott von Mozart. Machmittags wird in vorbildlicher Weise „Hausmusik" gemacht; vorgesehen sind ältere Kompositionen für Flöte, Violoncello und Klavier. Weitere Kammermusik wird Freitag abend geboten (Volkslieder-Romanzen). Beachtung verdient auch ein von Berceas Kammerorchester bestrittenes Tonkonzert Willy Hess' Werke zum 140. Todestag des Komponisten am 15. November, sowie ein von blinden Künstlern veranstaltetes Konzert am Mittwochnachmittag.

Die Sendepiele bringen im Anschluß an Tänze zum Summer und Strauß das hübsche Singspiel „Brüderlein fein" von Leo Stein und Bernauer. Der Wochenende bildet ein Uebertragung von Berdis „Troubadour" aus der Städtischen Oper.

Kirchenzettel für Berlin

Katholische Kirchen und Kapellen

Vom 13. bis 19. November

G. = Gottesdienst, Kin. = Kindermesse, U. = Lesegottesdienst, Pr. = Predigt, P. = Vesper, Sg. = Segen, Ma. = Wochenmesse

(In Klammern der Straßenname)

Freitag: Gedenkg: 6.30, 7.30 M., 8.30 Kin., 9.45 G., 11.30 M., 6 G., 8.15, 7.15, 8.30 M. Wedding: Herz-Jesu, Gerichtstr. 27: 7 M., 9.30 G., 11.30 M., 6 G. Mahnen (Gellmann 3/6): 7 M., 9.30 Kin., 10.30 G., 11.30 M., 6 G., 8.45, 7.45 M. Mo: 7, 7.15 M. (Steiner 4/6): 7.30 M., 10 G., 3 G., 8.45: 6.30 M. Moabit: (Wiclefstr. 27): 7 M., 9.30 G., 11.30 M., 6 G. Magnus

Das Zeitalter der chemischen Industrie

Bedeutungsvolle Ausführungen Arthur v. Weinbergs über neue Verfahren der I. G. Farbenindustrie

Bei der in Frankfurt a. M. abgehaltenen 50jährigen Jubelfeier des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands e. V. bot der Vortrag des Geheimen Dr. A. v. Weinberg besonderes Interesse. Dabei ist sehr zu beachten, dass zum erstenmal neue Verfahren, wie u. a. die Kautschuk- und Guttapercha-Synthese offiziell zugegeben werden. Geheimrat v. Weinberg führte u. a. aus: „Die deutsche chemische Industrie, insbesondere ihr organischer Zweig, war zur Zeit der Gründung des Vereins in der ersten Entwicklung begriffen. Den Wert ihrer Produktion schätzte man damals auf 50 Millionen Mark jährlich, 1907 aber bereits auf 948 Millionen. Geheimrat Duisberg war in der 1904 in einer vertraulichen Denkschrift eines Verfahrens für einen Zusammenschluss der Teerfarbenfabriken hot. Schon 1905 bildeten sich zwei Gruppen von Werken heraus, die dann zehn Jahre lang unabhängig nebeneinander bestanden. Als 1916 die „Interessengemeinschaft" und 1919 der Reichsverband der gesamten deutschen Industrie gegründet wurden, räumte man der Chemie und dem Verein die gebührende Stellung als einer der Grossmächte der Wirtschaft ein. Aber ich möchte, so bezweite Geheimrat v. Weinberg, gerade an dieser Stelle die Versicherung geben, dass die I. G. Farbenindustrie A.-G. die ihre Stellung missbrauchen wird. Sie ist sich der ernsten Pflichten bewusst, dass sie unsere chemische Industrie in ihrer Gesamtheit zu fördern und die Interessen der anderen Werke, der kleinen wie der grossen, in jeder Weise zu vertreten hat.

Als es gelang, die schweren Folgen der Nachkriegszeit zu überwinden, beach der Ruhrkampf zu. Polnisch seiner Zeitpunkt gekommen, den alten Plan der Zerstörung der deutschen Teerindustrie wieder aufzunehmen. Alle Vorräte von Zwischenprodukten und Fertigfabrikaten wurden aus den Werken in besetzten Gebiet fortgenommen und die Werke dann stillgelegt. In jener Zeit sollte der Gedanke eines noch engeren Zusammenschlusses alsbald dazu führen, der Fusion seine Verwirklichung fand. Heute erkennen wir erst vollig, in welcher Gefahr die chemische Industrie damals schwebte, und dass unmittelbar Unterzeichnung nahe daran war, einen wesentlichen Kulturfaktor aus politischen Gründen zu zerstören.

Unbekannt war zunächst die anorganische Chemie, so sehen wir, dass selbst die alten Verfahren, wie die Herstellung von Schwefelsäure, durch neue Methoden ersetzt, dass Metalle und andere Elemente, wie Magnesium, Beryllium, Wolfram, Cer, Chrom, Titan erfolgreich in das Gebiet der Technik einbezogen werden, und dass man fast alle Edelsteine auf chemischen Wege herzustellen gelernt hat. Verbesserungen und Neuerfachungen auf dem Gebiete der Elektrolyse treten in rascher Folge hervor.

Von überragender Bedeutung ist aber die technische Verwirklichung des Haber-Bosch-Verfahrens zur Erzeugung von Ammoniak aus Stickstoff und Wasserstoff geworden. Hierdurch waren zugleich neue Wege zur Gewinnung von Salpetersäure und usw. erschlossen. Sie wissen heute alle, welche enorm wirtschaftliche Bedeutung Jenen genialen Fortschritten zukommt. An die Erschliessung der Hochdruckkontaktverfahrens bei der Ammoniaksynthese knüpft sich schon heute eine Reihe ungemein wichtiger Methoden, wie der Synthese aller Cyanwasserstoffe und der höheren Alkohole. Auf diesen Wege werden organische Substanzen vorteilhaft in billigen Mengen erzeugt, die als Lösungsmittel und für viele andere Zwecke in steigenden Mengen Verwendung finden. Aber es wird voraussichtlich auch möglich sein, die so gewonnenen höheren Alkohole zu Fettsäuren zu oxidieren, und so die Fettsäure-Industrie von Naturprodukten unabhängig zu machen. Durch Kontaktsynthese wird es uns ferner gelingen, die Ausgangsstoffe für die Synthese von Kautschuk und Guttapercha zu gewinnen. (Die betreffenden Patente haben bereits. D. Red.) In erreichbarer Nähe sehen wir die wenn auch noch nicht völlig gelöste Aufgabe gerückt, einen Weissstoff mit Hilfe von Hefe aus Kohlehydrat und Ammoniaksalzen herzustellen. Dass der grosse Bedarf der Menschheit an Essigsäure heute im wesentlichen synthetisch aus Kohle und Kalk gewonnen wird, ist bekannt. Wichtig ist auch die Herstellung des künstlichen Kamfers gelungen. Synthetisches Glycol ersetzt einen grossen Teil des Glycerins in der Nitro-Sprengstoffindustrie. Künstliche Harze und Kunststoffe aller Art ersetzen Schellack, Horn, Leder und andere Materialien. In das Gebiet der Faserstoffe ist die chemische Industrie vorgedrungen und verschiedene Methoden führen zu brauchbaren Kunstseiden. Die Entwicklung dieses Zukunftsfabrikationszweiges ist noch lange nicht abgeschlossen.

Wie Sie wissen, ist es gelungen, einen der wichtigsten Probleme, die Synthese der Petroleumkohlenwasserstoffe technisch zu lösen. Die Ausgangsmaterialien aus dem letzten Endes Steinkohle oder Braunkohle und Wasser und es scheint fast, als ob wir bei dieser Synthese einen Weg eingeschlagen haben, der analog dem ist, der in der Natur zur Entstehung der Erdöle geführt hat. Auf dem von vielen bearbeiteten Gebiete der Teerfarbenstoffe können wir stetige Fortschritte feststellen. Schon ist Indigo und Alizalin durch Industrien der Körper der Naphthalin-Reihe übertroffen, und stetige Fortschritte macht die Verbesserung der Darstellung aller Gruppen der Teerfarbstoffe, von denen, wenn man nur die wichtigsten berücksichtigt, etwa 2000 benutzt werden. Unermüdlich gehen die Fabrikanten weiter auf dem Gebiete der Synthese neuer Heilstoffe. Hier eröffnet sich das Tor, das von der chemischen Industrie zur Biologie führt und diese schreitet ebenfalls verschiedenartigen Gebiete in immer nähere Beziehung hringen wird.

Geheimrat v. Weinberg betonte zum Schluss, nichts wäre schädlicher, als in jenen Ländern Fehler zu verfallen, Deutschland für das Land der chemischen Industrie zu erklären und die Leistungen anderer zu unterschätzen. Das Ausland, besonders England, Amerikas und Frankreiche studieren, werde anerkennen, was dort geleistet worden ist. „Die I. G. Farbenindustrie hat in anderen Ländern Nachahmung gefunden. Aehnliche Zusammenschlüsse sind in England und der Schweiz erfolgt und auch in Frankreich ist man im Begriff, diesen Weg zu beschreiten. Die Vorbereitungen sind im Gange, um diese Vereinigungen unter sich in Internationale Fühlung zu bringen. Nichts ist unrichtiger, als dabei von einem Wettkrieg zu sprechen. Ganz im Gegenteil, die Bestrebungen, ähnlich von amerikanischen Wirtschaftlern veröffentlicht wurden, dass sich eine europäische Vereinigung chemischer Werke als Gegenfront gegen Amerika hinbildet. Solche Gedanken liegen den deutschen chemischen Industrie völlig fern. Wir wir heute schon Verbindungen mit grossen amerikanischen Chemiewerken getroffen haben, sind wir auch stets bereit, mit anderen Zweigen der dortigen Industrien zusammenzugehen, und wir hoffen, dass bald der Tag kommen wird, in dem man prüfend beginnt, unsere deutsche chemische Industrie materiell und moralisch gerechter zu behandeln."

Im ganzen befriedigender amerikanischer Baumwollertrag. Washington, 12. November. Das Ackerbauministerium in Washington sagt in seinem Ergänzungsbericht über die Verhältnisse in den amerikanischen Baumwollgebieten: Allgemein warmes Wetter erhalte reifende Blasammen der Ernte mit weniger als den üblichen Verlusten an Menge und Qualität. Ausserdem reiften die von Hollworm beschädigten Kapseln mit weniger Verlusten durch Kapselfall als gewöhnlich. Die Aussichten besserten sich meistens in Alabama, Mississipi und Oklahoma, obgleich die Besserung in diesen Staaten zum Teil ausgeglichen wurde durch wesentliche Verschlechterung in Texas. Der für das Pfläcken bestellte Preis stellt sich auf durchschnittlich 12,3 Dollar für 100 Pfund (100 pounds) gegen 1,11 Dollar in 1926.

Valutamarkt

Berliner Devisen:	Datum	12. 11. Geld	12. 11. Brief	11. 11. Geld	11. 11. Brief
Buenos Aires	pap.	1,797	1,791	1,797	1,791
Japan	1 Yen	1,916	1,910	1,916	1,910
Konstantinopel	1 L.	2,237	2,241	2,233	2,237
London	1 £	20,456	20,406	20,451	20,401
New York	1 $	4,188	4,196	4,1885	4,1965
Rio de Janeiro	1 Milreis	0,2555	0,2565	0,2551	0,2561
Amsterdam	100 fl	169,00	169,34	168,92	169,26
Brüssel	100 Belga	58,315	58,515	58,465	58,615
Italien	100 L	110,15	110,77	110,01	110,73
Madrid	100 Pes.	41,64	41,72	41,59	41,67
Kopenhagen	100 Kr.	105,17	105,37	105,07	105,27
Italien	100 L	22,39	22,41	22,37	22,39
Jugoslawien	100 D	7,371	7,385	7,371	7,385
Lissabon	100 Esc.	18,41	18,45	18,39	18,43
Prag	100 Kr.	12,453	12,473	12,453	12,473
Budapest	100 Pengo	90,76	90,94	90,76	90,94
Bulgarien	100 L	3,032	3,038	3,027	3,033
Danzig	100 G	81,22	81,37	81,27	81,43
Danzig	100 Kr.	112,71	112,93	112,71	112,93
Danzig	100 L	73,03	73,17	73,03	73,17
Athen	100 Dr.	5,464	5,476	5,464	5,476
Bukarest	100 L	4,194	4,202	4,194	4,202
Stockholm	100 Kr.	112,71	112,93	112,71	112,93
Wien	100 S	59,055	59,175	59,11	59,23
Prag	100 Kr.	12,453	12,473	12,453	12,473
Budapest	100 Pengo	90,76	90,94	90,76	90,94
Kopenhagen	100 Kr.	105,17	105,37	105,07	105,27
Oslo	100 Kr.	105,17	105,37	105,07	105,27

Das englische Pfund war weiter kräftig gestiegen auf 4,8727—4,8729 gegen Kabel in Zusammenhang mit erneuten grossen Anlagen amerikanischer Gelder am Londoner Markt. Die übrigen Devisen waren vollkommen unverändert. So handelte man Mailand mit 110,77 gegen London, Spanien mit 28,54, die Reichsmark war ebenfalls kaum verändert. Kabel gegen Mark stellte sich auf 4,1920—4,1960. Die amtlichen Notierungen für Kabel New York ermässigte sich weiter auf 4,19 bis 4,20. Aus den Geldmärkten waren folgende Marktsätzungen von: London 29,43, Amsterdam 0,5010, Zürich 1,26655.

Am Geldmarkt werden zwar vollkommen unveränderte Sätze genannt, doch scheint sich die Anlagenfähigkeit für Tagesgeld (5—7 %, erste Adressen 4 %) nicht unwesentlich gebessert zu haben. Monatsgeld wurde mit 8—9½ % genannt und der Satz für Spitzenfirmen Wechsel mit etwa 7½ %. Privatdiskonten notierten wie bisher 6¼ % bei ausserordentlich geringen Umsätzen.

Die amerikanischen Bankiers erwarten die Auflegung weiterer deutscher Anleihen. Nach der „Times" erfahren aus Wallstreetkreisen, dass die amerikanischen Bankiers noch für dieses Jahr mit der Auflegung beträchtlicher Summen hochwertiger deutscher Anleihen am amerikanischen Markt rechnen, nachdem die Ratifizierung dieses das Memorandum Parker Gilberts abzuflauen beginne. Die Verhandlungen seien bereits vorweiten darauf, dass die von Gilbert angeschlossenen Punkte in den Vereinigten Staaten bereits seit zwei Jahren erörtert werden. Es verlautet, dass die Verhandlungen über weitere deutsche Anleihen bereits in vollem Gange seien. Die New Yorker Banken seien der Zustimmung des Staatsdepartements zu erlehen. Es bleiben sicher, die seitens der Berliner beratenden Sprecherinnen ausgesprochene Bedenken gegen die nächsten Bankiers vor der Emission eingehend geprüft seien. Die Banken in Amerika verkaufen deutschen Bonds hätten infolge unserem Wertes und ihrer Sicherheit den flotten Absatz gefunden.

Ueberprüfung des Gasfernnetzes des RWE. Auf die Aktien der Kohlenwertung. Wie der DHD. erfahrt, stehen Verhandlungen, die die Ueberprüfung des Gasfernnetzes des RWE, durch die A.-G. für Kohlenverwertung zu bezwecken, dicht vor dem Abschluss. Der Vertrag ist bis auf geringe Einzelheiten perfekt und bedarf nur noch der Sanktion der beiderseitigen Aufsichtsrate. Da die Gasfernversorgung innerhalb des RWE. bereits in geschlossener Organisation verwaltet wurde, ist der Uebergang verhältnismässig einfach zu bewerkstelligen. Der Dagegenwert kehrt dem RWE. teilweise in bar, teilweise durch Aktienhingabe der A.-G. für Kohlenverwertung zufliessen. Es ist anzunehmen, dass nach Durchführung dieser Verschmelzung die bereits geplegenen Verhandlungen der A.-G. für Kohlenverwertung mit den Thyssen A.-G. für Kohlenverwertung zum Abschluss gelangen werden. Die Aktien sind auch hier eine völlige Verschmelzung vorgenommen wird, erscheint etwas weniger wahrscheinlich.

Die Fusionsbestrebungen der Kohle-Chemie A.-G. für den Ruhrbergbau. Der juristische Gründungsakt über die Errichtung dieser Gesellschaft in Essen-Ruhr, die jüngst angekündigt wurde, ist, wie unser pl.-Berichterstatter aus Essen erfahrlich, inzwischen erfolgt. Und zwar haben die Zechen- bzw. Hüttenzechenkomplexe als Gründer auf, nämlich Harpen, Köln-Neussen (alen Hoesch), Constanin der Grosse (alen Krupp), Gute Hoffnung hütte und Concordia. Die Gründer haben sämtliche Aktien im Betrage von 500 000 Mark übernommen nach dem Beitritt anderer Zechen soll bekanntlich das Kapital erhöht werden. Ueber die nächsten prakticchen Arbeiten auf dem Gebiete der Kohle-Chemie wird Stillschweigen bewahrt, doch glauben wir, dass man gut unterrichtet ist, wenn man sagt, dass bei einer Stickstoffanlage in Angriff genommen wird.

Exportvergütung für Messingerzeugnisse. Die Wirtschaftliche Vereinigung Deutscher Messingwerke hat beschlossen, eine regelmässige Abgabe von der Gesamtproduktion an eine Exportkasse abzuführen, und hieraus eine Exportvergütung für den ausmoldenden Export an Messingfertigerzeugnissen zu zahlen. Der von der Industrieen der Kupfervereinigung und das Reichsbundes der Deutschen Metallverarbeitungen aufgestellte Vertragswerk wird voraussichtlich noch im Laufe des Monats Dezember unterzeichnet werden. Die Novemberexporte konnten erstmalig zur Vergütung. Die technischen Einzelheiten des Annoldeverfahrens werden Ende November oder Anfang Dezember bekanntgegeben.

Aus der Metallum-Gruppe. Die Metallum A.-G., Berlin, die Spitzengesellschaft der Metallum-Gruppe, schliesst das Geschäftsjahr 1926/27 mit einem Verlust von 190 756 R.-M. ab, der durch den Verlustvortrag aus dem Vorjahre von 18 073 R.-M. auf 148 830 R.-M. erhöht. Gegenüber dem Vorjahre seigen die einzelnen Bilanzpositionen mit wenig Ausnahme durchweg Rückgänge auf. So ermässigten sich die Schulden von 2 737 162 R.-M. auf 2 084 705 R.-M. die Beteiligungen von 260 759 R.-M. auf 60 759 R.-M. Die Bestände an eigenen Aktien gingen von 100 000 R.-M. betrugen wurden nicht verändert. Wechsel erscheinen mit 1 190 [illegible] R.-M. Wertpapiere mit 77 000 (35 000) R.-M. Waren, die im Vorjahre mit 158 291 R.-M. zu Buche standen, sind nicht mehr in der Bilanzposition aufgeführt. Auf der Passivseite blieb das Aktienkapital mit 1 Mill. R.-M. unverändert. Die Gläubiger haben 2 187 462 (3 055 747) R.-M. zu fordern.

Gebr. Junghans A.-G., Schramberg. In der Aufsichtsratssitzung, in der bekanntlich beschlossen wurde, 4 (6) % zu verteilen, wurde über die Geschäftslage noch ausgeführt: Das vergangene Geschäftsjahr stand unter dem Zeichen durch schlechte Verkaufspreise verstärkten Absatzkrise, auch verlangen die bevorstehenden Umstellungen eine entsprechende Finanzpolitik. Der Geschäftsgang im neuen Jahre ist gut, die Preise haben sich infolge einer Preisunterbietung verbunden mit einer Reduzierung der Produktion, gebessert. Die Interessengemeinschaft mit der Hamburg-amerikanischen Uhrenindustrie hat sich bewährt. Die Hamburger Uhrenfabrik A.-G. hat sich bisher bewährt. Die materiellen Erfolge dieses in den folgenden Geschäftsjahren wirksam werden.

Hallesche Effekten- und Wechselbank A.-G. Filiale a. S. Wie wir hierzu erfahren, sucht das Unternehmen Anschluss an eine grössere Bank. Es soll dafür die Leipziger Immobilien-Gesellschaft A.-G. in Betracht kommen. Auf der von einem Hauptaktionär durch Eingreifen der Gerichte eingeleiteten Bilanzprüfung ist eine Generalversammlung wird sich ein Wechsel in den Majoritätsverhältnissen herausstellen.

Reichsverband der Schmiedeecke beginnt heute seinen 60. Geburtstag. Herr Schmiedecke hat seit Dezember 1926 im Auftrage des Vorstandes der Berliner Börsenzeitung die Geschäfte des Verbandes in der Börsenberichterstattung inne. Seiner persönlichen, liebenswürdigen Eigenschaften wegen erfreut sich Herr Schmiedecke in Freunden- und Bekanntkreisen grösster Beliebtheit und Wertschätzung.

Die Schweiz beschränkt die Ausfuhr elektrischer Energie. Der Schweizerische Bundesrat hat beschlossen, in Zukunft grundsätzlich keine Bewilligungen mehr zur Ausfuhr elektrischer Energie zu erteilen, falls nicht die Kantonsregierungen vorher ihre Zustimmung erteilt.

Neue Konkurse. Die gesperrten Ortsnamen seigen das zustädtige Amtsgericht an; die Daten sind Tagesnummern. — Kfm. Dr. Curt Kaufmann, Huffner u. Müller, Schützenstr. 32; 13. 12. 27. — Fa. Leopold Kaufmann, Gr. Frankfurter Strasse 86; 24. 12. 27. — Kfm. Dr. Curt Kaufmann, Bamberger Strasse 39; 24. 12. 27. — Kfm. Dr. Curt Kaufmann, Rüdesheimer Strasse 32; 24. 12. 27. — Fa. Kaufmann, Rittersrtr. 46—47; 20. 12. 27. — Deutsch-Syria Bruxerbesitzer Hermann Braunsfiler; 5. 12. 27. — Leipzig: Deutsche Seidenbaugesellschaft m. b. H. in Liqu.; 25. 11. 27. — Neukölln: Fa. Georg Schmidt u. Co. G. m. b. H. Cottbuser Damm 79; 21. 12. 27. — Stuttgart: Fa. A. Herrgott u. Co., Komm.-Ges., Weingroesbig; 2. 1. 28. — Wiesbaden: Fa. Wrissner Landmaschinenfabrik G. m. b. H.; 9. 12. 27.

Berliner Börse

12. 11.

Befestigung

Die Börse begann die neue Liquidationsperiode mit durchweg festeren Kursen, aber ohne jeder Wochenschlusse mit sehr geringem Umsätzen, die sich erst im Verlaufe belebten. Bei den Banken lagen nur kleine Börsenaufträge die Kundschaft vor, doch überwogen Käufe. Die Spekulation hat ein Deckungen in den Ultimoterminen übernommen, von dem im Verlauf der Börse ein Teil gedeckt wurde. Man rechnet mit einem glatten Verlauf des Ultimos. Die Kurse konnten sich auf der ganzen Linie weiterhin befestigen, doch ist zu berücksichtigen, dass die gestrigen Schlusskurse hoch Mediokurse waren.

Farbenindustrie, die gestern nachbörslich mit 240¼ gehandelt wurden, stiegen bis auf 255¾ und schlossen 253; wie verlautet soll die entscheidende Aufsichtsratssitzung über eine eventuelle Kapitalransaktion erst am 8. Dezember stattfinden. Am Elektromarkt waren namentlich Siemens stark gefragt und seitweise 7¼ % über gestrigen Nachbörsenkurs, 252 (Schluss 251), Schuckert von 153 auf 159 und schlossen 156¾, Bergmann wurden mit 176¾ nach 173¾ gehandelt bei Schluss 175. Kunstfirmen Kunstseiden zeitweise 250 nach 249, AEG. 149¾ nach 146¾. Von Montanwerten konnten Vereinigte Stahlwerke auf 102 anziehen, schlossen aber abgeschwächt 101¾. Gelsenkirchen 135 nach 138, Phönix 91¾ nach 91. Stammaktien 137¾ nach 135. Eine grössere Bewegung hatten, wie schon in den letzten Tagen, Laura Hütte, Aktien vorgetragen tschechische Kaufaufträge. Der Kurs zog, da an hiesiger Börse grosser Materialmangel besteht als Holding-Companies für die beiden Gesellschaften von 74¾ bis auf 87 an. Von den sonstigen Aktien ist noch zu nennen Schiffahrtsaktien, die gestrige Einbusse wieder einholen, 28. Ostwerke zeigten 228 nach 221, schlossen aber 228. Schlesien 307 nach 302, schliesslich 304¾. Auf Schiffahrtswerte wirkten zuversichtlichere Meldungen über die Kohlenverschiffung günstig ein, so dass Paketfahrt sich auf 184½ erholen konnten. Bei Stinnes 170 ½ Prozent Dividende